

Die Fraktion



Kiel, 20.12.2017

# **Newsletter Nr. 2/2017**

## **des Arbeitskreises Umwelt, Energie und ländliche Räume**

**Impressum**

Herausgeber:

SPD-Landtagsfraktion  
Arbeitskreis Umwelt, Energie und ländliche Räume

Verantwortlich:

Sandra Redmann, Vorsitzende des Arbeitskreises  
Dr. Silke Schielberg, Referentin des Arbeitskreises

Landeshaus

Postfach 7121, 24171 Kiel

Tel.: 0431/988-1334/1331

Fax: 0431/988-1313

E-Mail: [s.schielberg@spd.ltsh.de](mailto:s.schielberg@spd.ltsh.de)

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Genossinnen, liebe Genossen,

mit unserem zweiten Newsletter möchten wir über unsere neuesten Aktivitäten berichten.

Vor allem aber möchten wir uns sehr herzlich für die gute Zusammenarbeit und den produktiven Austausch mit Ihnen/Euch allen im Jahr 2017 bedanken. Ohne den kontinuierlichen, konstruktiven und auch kritischen Austausch mit allen in Schleswig-Holstein aktiven Akteuren im Bereich Naturschutz, Landwirtschaft und Energie wäre unsere Arbeit so nicht zu leisten. Vielen Dank dafür!

Wir wünschen Ihnen und Euch allen erholsame Feiertage und einen guten Start in das neue Jahr!



## Austausch mit dem umWeltforum der SPD Schleswig-Holstein

Es ist für uns gute Tradition, den regelmäßigen Austausch mit dem umWeltforum der SPD Schleswig-Holstein (Ufo) zu pflegen. Das letzte Treffen, auf dem wir aktuelle Themen aus den Bereichen Naturschutz, Landwirtschaft und Energie diskutiert haben, hat am 13. Dezember 2017 im Landeshaus stattgefunden.

Der Landesparteitag der SPD hat am 11. November 2017 in Neumünster drei Anträge beschlossen.

Der Antrag zum Freihandel fordert, dass es zukünftig keine „Geheimverhandlungen“ mehr geben darf. Der Antrag zur Energiewende fordert die Ablösung der fossilen Energieträger im Strom-, Wärme- und Energiebereich. Ein dritter Antrag fordert einen Richtungswechsel hin zu einer nachhaltigen Agrarpolitik und formuliert die Haltung, mit der die SPD Schleswig-Holstein die anstehende neue Ausrichtung der Europäischen Agrarpolitik ab 2020 begleiten wird. Darin enthalten ist u.a. die



Forderung die Subventionen an die Landwirte künftig nicht mehr als Flächenprämie auszuzahlen, sondern die Zahlungen an zu erfüllende Bedingungen einer ressourcenschonenden Landwirtschaft zu knüpfen.

Der Austausch mit dem Ufo und damit der enge Kontakt zur Partei ist für unsere Arbeit in der Fraktion sehr wertvoll. Wir danken allen ehrenamtlich Engagierten für die konstruktive Zusammenarbeit!

## Einen Ausstiegsplan für Glyphosat jetzt!

Die SPD-Landtagsfraktion fordert seit Jahren kontinuierlich einen Ausstiegsplan für die Anwendung von Glyphosat. Das Totalherbizid ist im März 2015 von der Internationalen Krebsforschungsagentur als „wahrscheinlich krebserregend“ in die zweithöchste Risikostufe eingestuft worden. Zahlreiche Wissenschaftler, Umwelt- und Verbraucherverbände und Ärzte warnen seit langem vor negativen Folgen für die Gesundheit und für die Natur durch den Einsatz von Glyphosat. Glyphosat ist mittlerweile fast überall: es ist in unserem Grundwasser nachgewiesen, in unseren

Böden und Lebensmitteln. Untersuchungen belegen, dass Glyphosat mitverantwortlich für den dramatischen Artenverlust ist und so unsere biologische Vielfalt gefährdet. Die 1,3 Millionen Menschen, die in einer Online-Petition das Verbot in Europa verlangen, verlangen zu Recht einen Richtungswechsel in der Agrarpolitik.

Bereits 2015 hat Kirsten Eickhoff-Weber im Rahmen einer Landtagsdebatte eine auf Glyphosat basierte Landwirtschaft als einen Irrweg bezeichnet und einen Einstieg in den Ausstieg gefordert, der eine

nachhaltige, Ressourcen schonende Landwirtschaft zukunftsfähig macht. Diese Forderung haben wir mit unserem Antrag vor der entscheidenden EU-Ministerratssitzung in diesem November erneuert und die Landesregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass diese ihre Blockadehaltung auf EU-Ebene aufgibt, sich endlich klar für den Ausstieg aus dem Einsatz aller auf Glyphosat basierenden Herbizide einsetzt und es so ermöglicht, das genau dies auf EU-Ebene endlich entschieden wird und nicht wie jetzt geschehen, der Einsatz um fünf Jahre verlängert wird – ohne Entscheidung für den Ausstieg und ohne Ausstiegsplan.

Wir werden bei dem Thema hart bleiben!

Eine sehr lebhafteste Debatte im Umweltausschuss Anfang Dezember hat gezeigt, wie uneins die Jamaika-Koalition in dieser Fra-

ge ist und es eben kein Selbstgänger ist, die konventionelle Landwirtschaft, für die die CDU glaubt zu sprechen, von der Richtigkeit eines Verzichts auf Glyphosat zu überzeugen. Die Regierungsfaktionen sind nicht einmal ihrem eigenen Minister in dieser Frage gefolgt, der als Reaktion auf die Entscheidung auf EU-Ebene erklärt hat, einen Ausstiegsplan für richtig zu halten. Stattdessen wird es jetzt eine Anhörung im Ausschuss zu dem Thema geben, wobei sich die Koalitionäre nicht einmal auf die Zielrichtung der Anhörung einigen konnten geschweige denn auf Leitfragen für die Anzuhörenden.

Mitte Dezember hat die SPD auf Bundesebene nachgelegt und einen Antrag in den Bundestag eingebracht, mit dem sie den nationalen Ausstieg aus glyphosathaltigen Pflanzenschutzmitteln fordert.

Rede Kirsten Eickhoff-Weber zu TOP 12:

TOP 12 Ausstiegsplan aus dem Einsatz von Glyphosat

<http://www.ltsh.de/pressticker/2017-11/16/10-27-07-44a5/PI-Wg1Z60SI-spd.pdf>

Antrag der SPD-Landtagsfraktion:

Ausstiegsplan aus dem Einsatz von Glyphosat jetzt!

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/00200/drucksache-19-00291.pdf>

Antrag der SPD-Bundestagsfraktion:

Nationaler Ausstieg aus der Anwendung von glyphosathaltigen Pflanzenschutzmitteln

<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/002/1900232.pdf>

## **Energiewende- und Klimaschutzziele: Jamaika-Koalition beugt sich dem Druck der SPD**

Mit dem Energiewende- und Klimaschutzgesetz (EWKG) hat die Küstenkoalition für Schleswig-Holstein eine gesetzliche Grundlage für den Klimaschutz und die Energiewende geschaffen. So sollen die Treibhausgas-Emissionen bis 2020 um mindestens 40 % im Vergleich zu den Gesamtemissionen des Jahres 1990 verringert werden. Bis 2050 soll der Wert der eingesparten Treibhausgase auf 80 bis 95 % steigen. Die Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien soll 2025 mindestens 37 TWh, im Wärmesektor soll der Anteil an Erneuerbaren Energien mindestens 22 % betragen.

Schleswig-Holstein hat eine Vorreiterrolle bei der Energiewende. Das Gesetz legt das auch rechtlich fest. Gegen die Stimmen von CDU und FDP hat die Küstenkoalition das Gesetz im Februar 2017 beschlossen. Jetzt koalieren die Grünen, für die das Energiewendegesetz das Vorzeigegesetz der letzten Legislaturperiode war, mit den ursprünglichen Gegnern: der CDU und der FDP.

Seit die Jamaika-Koalition in Kiel regiert, ist der Ausbau der Windenergie an Land zum Erliegen gekommen, es herrscht Stillstand. Ohne Planungssicherheit, ohne Flächen, ohne Genehmigungen wird das Windland Schleswig-Holstein abgehängt. Nicht nur die Klimaschutzziele, sondern auch tausende Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein sind in Gefahr. 1.500 bis 2.000 Stellen der Zukunftsbranche sind bereits verloren gegangen. Milliardeninvestitionen liegen auf Eis. Die Ausbauziele des Energiewendegesetzes sind so nicht reali-

sierbar. Wer hätte je gedacht, dass die Wirtschaft vor CDU und FDP und die Energiewende vor den Grünen geschützt werden muss?

Wer 2 % der Landesfläche für Windenergie freigeben will, wer gleichzeitig 10 GW zusätzlichen Strom aus Windenergieanlagen an Land verspricht und behauptet, noch dazu die Abstände zur Wohnbebauung erheblich vergrößern zu können, der belügt die Menschen in Schleswig-Holstein. Da hilft es auch nicht, wenn die „schwarze Ampel“ jetzt vollmundig erklärt, die Offshore-Windenergie stärker ausbauen zu wollen. Zu viele Hürden stehen dem zurzeit noch im Weg und es ist mehr als fraglich, ob diese Pläne die nicht genutzten Flächen an Land kompensieren können.

Der parlamentarische Druck hat geholfen. Wir haben in unseren Anträgen und in den Landtagsdebatten der letzten Monate immer wieder gefordert, dass sich die schwarze Ampel zu den beschlossenen Energie- und Klimaschutzzielen bekennen möge. Unserem letzten Antrag aus dem Dezember haben sie letztlich dann einstimmig zugestimmt. Ein Hoffungsschimmer am sonst dunklen Energiewendehorizont der Jamaika-Koalition.

Wir werden dran bleiben, kontinuierlich nachfragen, die Widersprüche in der Energiewende- und Klimaschutzpolitik der Jamaika-Koalition immer wieder deutlich machen und die Umsetzung weiter kritisch begleiten.

Links zu diesem Beitrag finden Sie auf der nächsten Seite.

Rede Thomas Hölck zu TOP 19:

Innovative Power-to-X-Lösungen unterstützen

<http://www.ltsh.de/pressticker/2017-12/13/16-51-36-33c6/PI-WjFMiDPG-spd.pdf>

Rede Thomas Hölck zu TOP 16:

Energie- und Klimaschutzziele in Schleswig-Holstein umsetzen

[http://www.ltsh.de/pressticker/2017-12/13/16-04-39-2fb2/PI-WjFBhy\\_y-spd.pdf](http://www.ltsh.de/pressticker/2017-12/13/16-04-39-2fb2/PI-WjFBhy_y-spd.pdf)



**Stefan Weber, tierschutzpolitischer Sprecher:  
Nur Stofftiere gehören unter den Weihnachtsbaum!**

Und zum Schluss noch ein „save the date“ für das kommende Jahr: Wir planen für den 27. Februar 2018 eine Veranstaltung zum Thema „Lebensmittelverschwendung“ und bitten, den Termin schon einmal vorzumerken. Genauere Informationen und die konkrete Einladung folgen Ende Januar.